

ARGUMENTATIONSHILFE

Wohnungen vergesellschaften

DIE LINKE.

THEMA

WOHNUNGEN VERGESELLSCHAFTEN

Ergebnis neoliberaler Wohnungspolitik seit den 90er Jahren ist der Aufstieg großer, börsennotierter Wohnungskonzerne. Die Deregulierung der Finanzmärkte Anfang der 2000er und der Zufluss von Anlagekapital nach der Finanzkrise 2008/09 haben die Bildung großer, finanzmarktorientierter Wohnungskonzerne verstärkt. Heute sind mehr als eine Million Wohnungen im Besitz von Konzernen wie Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG oder Grand City Properties. Das Geschäftsmodell von Immobilienunternehmen gründet darauf, Wohnsiedlungen zu kaufen und über Renditemaximierung und Neubewertung die Gewinne und Dividenden nach oben zu treiben. Sie verdrängen und schikanieren Mieter*innen und heizen die Immobilienspekulation durch teure Modernisierungen mit dem Ergebnis hoher Mietsteigerungen an.

Es gibt jedoch Widerstand: z.B. möchte die Berliner Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« mit einem Volksentscheid erreichen, dass das Land Berlin die Immobilienbestände der großen Wohnungskonzerne enteignet und in ein kommunales Wohnungsunternehmen in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) überführt. Die Grundlage zur Vergesellschaftung ist Artikel 15 GG: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«

Was sagen die anderen?

SPD und **Grüne** sprechen sich für ein Vorverkaufsrecht zu fairen Preisen aus. In den Wahlprogrammen von **FDP**, **CDU/CSU** und **AfD** finden sich keine Angaben zum Thema, allerdings bleibt keine Gelegenheit unversucht, die Maßnahme der Vergesellschaftung zu verunglimpfen. **FDP**, **AfD** und **CDU/CSU** vertreten entschieden die Interessen der Immobilienwirtschafts-Lobby.

LINKE Gegenargumente

Die Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne ist notwendig, um der Spekulation Einhalt zu gebieten. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiative »Deutsche Wohnen & Co. Enteignen« und macht sich für die Enteignung der großen Immobilienkonzerne (mit mehr als 3000 Wohnungen) stark. Mit einem Rekommunalisierungs-Fond in Höhe von 2 Mrd. Euro im Jahr wollen wir Länder und Kommunen beim Ankauf von Wohnungen und Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau unterstützen. Die öffentliche Hand erhält die Möglichkeit, mietpreisdämpfend zu wirken und Wohnraum für alle sicherzustellen. Perspektivisch wollen wir 50 Prozent des Wohnungsbestands in öffentlicher und gemeinnütziger Hand. Das Beispiel Wien zeigt, dass das geht.